Felix Schürmann

Die kurze Geschichte der kolonialen Straßennamen in Frankfurt am Main, 1933–1947

Im Dezember 2010 überklebten Aktivist/innen im Afrikanischen Viertel in Berlin-Wedding sieben Straßenschilder.[1] Unter anderem wurde aus dem Nachtigalplatz, benannt nach dem einstigen Reichskommissar für Deutsch-Westafrika, der Lumumbaplatz (nach Patrice Lumumba, dem Anführer der kongolesischen Unabhängigkeitsbewegung), aus der Lüderitzstraße, benannt nach dem Bremer Kolonialunternehmer Adolf Lüderitz, die Hendrik-Witbooi-Straße (nach einem der Anführer des Widerstands gegen die Kolonialherrschaft in Deutsch-Südwestafrika), und aus der Petersallee, benannt nach dem deutschen Reichskommissar für das Kilimandscharogebiet, die Rodneyallee (nach dem guyanischen Historiker und marxistischen Politiker Walter Rodney).[2]

Aktionen dieser Art häufen sich seit 2004, als anlässlich der 100. Wiederkehr des Genozids in Deutsch-Südwestafrika eine breitere Öffentlichkeit in Deutschland über die Kolonialgeschichte diskutierte. In vielen deutschen Städten verweisen Bezeichnungen von Straßen und Plätzen auf die Geschichte deutscher Kolonialherrschaft, ohne eine kritische Haltung zu dieser erkennen zu lassen. Kritiker/innen fordern Umbenennungen, von denen sie sich einen Impuls für eine gesellschaftliche Debatte über Deutschlands koloniale Vergangenheit und ihre bis in die Gegenwart reichenden Folgen versprechen. Gegner/innen dieser Forderung – nicht wenige von ihnen sind unter Anwohner/innen betroffener Straßen zu finden – bestreiten, dass Umbenennungen diesen Impuls entfalten können oder dass ein solcher notwendig sei und führen die damit verbundenen Kosten und Umstände an.

Den Umstand, dass eine Straße »schon immer so« geheißen habe, werten Gegner/innen von Umbenennungen häufig als Beleg für ein überwiegendes Einverständnis mit einem Namen. Dagegen sehen Befürworter/innen von Umbenennungen gerade in der ungebrochenen Kontinuität kolonialer Straßennamen einen Nachweis ignoranten Unvermögens bzw. mangelnder Bereitschaft einer schuldverdrängenden Gesellschaft, eine kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen, nach dem Epochenbruch von 1945 weitgehend vergessenen Kolonialerbe zu führen. Allerdings lässt das Bild einer statischen Vergangenheit, in der die Straßen und Plätze »immer so« geheißen hätten, in Vergessenheit geraten, dass koloniale Straßennamen in Deutschland nicht erst heute Gegenstand erinnerungspolitischer Kontroversen sind. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben beide deutsche Staaten zusammen mindestens 30 von ihnen umbenannt oder umgewidmet. Etwa die Hälfte dieser Vorgänge fällt in die Zeit vor 2004.[3] Wie ist bei früheren Anlässen über koloniale Straßenbezeichnungen gestritten worden? Im Folgenden diskutiere ich diese Frage am Fall der Stadt Frankfurt

1 Für Anregungen, Hinweise und Kritik danke ich Simon Benecken, Stefan Gerl, Susanne Heyn, Martin Mauch, David Schommer, Julian Stenmanns, Josse Straub und Stefan Wedermann.

2 Vgl. »Straßenschilder im Wedding überklebt«, B. Z., 14.12.2010.

3 Die Internetseite der Wanderausstellung *freedom roads!* führt eine Dokumentation über Umbenennungen kolonialer Straßennamen in Deutschland: <http://www.freedom-roads.de/frrd/umbenenn.htm> (letzter Zugriff: 19.1.2012).

am Main, wo 1946/47 fünf Straßen umbenannt wurden, die Namen von Orten und Akteuren der deutschen Kolonialherrschaft in Afrika und Ozeanien trugen.

Die kurzen Geschichten der Diskontinuität kolonialer Straßennamen sind bislang nicht beforscht worden. Allerdings existieren zu mehreren deutschen Städten Untersuchungen zu den langen Geschichten der Kontinuität solcher Bezeichnungen. Darin werden Straßennamen gewöhnlich nicht singulär, sondern als eines von mehreren Elementen kolonialer Erinnerungskultur betrachtet. Im Zusammenwirken mit anderen Erinnerungsmedien im öffentlichen Raum wie Denkmälern oder Ehrengräbern gelten sie als materielle Zeugnisse einer kolonialistischen Mentalität, die über die Zeit der Kolonialherrschaft hinaus Bestand hatte und in Teilen bis heute fortwirkt.

Zusammen betrachtet lassen diese lokalgeschichtlichen Studien ein skizzenhaftes Bild der Geschichte kolonialer Straßennamen in Deutschland erkennen: Die Benennung von Straßen nach kolonialen Topoi nahm in einigen Städten in der Zeit des Kaiserreichs ihren Anfang, während Deutschland noch Kolonialmacht war, so etwa in Köln oder Berlin.[4] Eine große Zahl kolonialer Straßennamen vergaben größere wie kleinere Städte in den 1920er Jahren unter dem Druck von Forderungen der kolonialrevisionistischen Bewegung, die für eine Rückgewinnung der im Ersten Weltkrieg verloren gegangenen Kolonien eintrat und damit auf breite Zustimmung in der Bevölkerung stieß. Die wichtigste Organisation dieser Bewegung, die *Deutsche Kolonialgesellschaft*, regte 1922 beim Deutschen Städtetag Straßenbenennungen nach früheren Kolonien an. In München und anderen Großstädten entstanden daraufhin ganze Viertel mit entsprechenden Bezeichnungen.[5] Ab 1933 setzten die nationalsozialistischen Machthaber diese Politik fort. Benennungen nach zu »deutschen Kolonialhelden« verklärten Akteuren wie Carl Peters oder Paul von Lettow-Vorbeck bildeten dabei einen Schwerpunkt.[6] Auch nach 1945 vergaben deutsche Städte koloniale Straßennamen, etwa Hannover oder Hamburg.[7] Eine die lokalen Fallbetrachtungen übergreifende Analyse von Straßennamen als Medien deutscher Kolonialerinnerung, wie Joachim Zeller sie für Denkmäler vorgelegt hat, steht noch aus.[8] Bislang ist ein Aufsatz des Kulturwissenschaftlers Alexander Honold zum Afrikanischen Viertel in Berlin-Wedding die einzige Untersuchung,

4 Vgl. Marianne Bechhaus-Gerst, Köln und die Kolonien, in: Ulrich van der Heyden/Joachim Zeller (Hg.), Kolonialismus hierzulande: Eine Spurensuche in Deutschland, Erfurt 2007, S. 11–18; Ulrich van der Heyden, Das Afrikanische Viertel, in: Ulrich van der Heyden/Joachim Zeller (Hg.): Kolonialmetropole Berlin: Eine Spurensuche, Berlin 2002, S. 261–263.

5 Vgl. Ulrike Lindner, Das Kolonialviertel in München-Trudering, in: Ulrich van der Heyden/Joachim Zeller (Hg.), Kolonialismus hierzulande: Eine Spurensuche in Deutschland, Erfurt 2007, S. 293–299. Kolonialkritische Akteure, die in dieser Zeit etwa gegen den Einfluss des Kolonialrevisionismus auf den Schulunterricht agitierten, haben Straßenbenennungen wohl nicht zu ihrem Thema gemacht (pers. Info. Susanne Heyn, 17.1.2012).

6 Zum nationalsozialistischen Personenkult um »Kolonialheroen« siehe Winfried Speitkamp, Der Totenkult um die Kolonialheroen des Deutschen Kaiserreichs, in: zeitenblicke 3 (2004) 1, <http://www.zeitenblicke.de/2004/01/speitkamp/index.html> (letzter Zugriff: 19.1.2012).

7 Vgl. Felix Schürmann, Erinnerungslandschaft im Wandel: Das Afrika-Viertel in Hannover, in: Stichproben – Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien 10 (2006), S. 39–60; Anjes Tjarks/Marcel Kreykenbohm, Koloniale Spuren in Hamburgs Straßennamensverzeichnis, in: Marcel Kreykenbohm/Anjes Tjarks (Hg.), Hamburg und Kolonialismus: Kolonialspuren und Gedenkkultur im Selbstverständnis der Handelsstadt, Hamburg 2007, S. 42–48.

8 Vgl. Joachim Zeller, Kolonialdenkmäler und Geschichtsbewusstsein: Eine Untersuchung der kolonialdeutschen Erinnerungskultur, Frankfurt a. M. 2000; ders., Die Helden mahnen: Kolonialdenkmäler als Mittel der Erinnerungspolitik, in: iz3w 276 (2004), S. 27–29.

die die Beobachtung eines konkreten Falls in grundsätzlichere Überlegungen zu Straßennamen als kolonialen Erinnerungsorten überführt. Straßennamen, so Honold, verleihen Inhalten des kollektiven Gedächtnisses eine »gleichsam objektivierte, sinnlich erfahrbare und räumlich anzueignende Vergegenwärtigung, die sie im Alltagsleben integriert und zu dauerhaften Besitzständen der kulturellen Identität werden lässt.«[9]

Zwei Sorten historischer Überlieferungen geben über die kurze Geschichte der kolonialen Straßennamen in Frankfurt Auskunft: Erstens dokumentieren die Akten der beteiligten Verwaltungsgremien die politischen Vorgänge, die zu den Umbenennungen führten. Ein Hilfsmittel zur Erschließung dieser Quellen ist die Straßennamen-Datenbank im Frankfurter Stadtvermessungsamt, die Zeitpunkte und Beschlussgrundlagen der Umbenennungen sowie Anhaltspunkte zu Absichten und Hintergründen verzeichnet. Zweitens berichtete 1947 die im Neuaufbau begriffene Lokalpresse über den Umbenennungsvorgang, namentlich die *Frankfurter Rundschau* und die *Frankfurter Neue Presse*. Zwar behandelten die Zeitungen lokalpolitische Themen unter dem Druck der Papierknappheit nur eingeschränkt und druckten kaum Leserbriefe ab, doch lässt die Berichterstattung zumindest ansatzweise Rückschlüsse auf die öffentliche Debatte über die Umbenennungen zu.

Im Folgenden skizziere ich zunächst die Vergabe der kolonialen Straßennamen in Frankfurt während der ersten Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft. Anschließend zeichne ich den Umbenennungsvorgang in der unmittelbaren Nachkriegszeit nach und frage nach Reaktionen aus der Bevölkerung. Abschließend diskutiere ich mögliche Folgerungen aus dem Frankfurter Fall im Hinblick auf gegenwärtige Umbenennungsdebatten. Meine These ist, dass die kurze Geschichte der kolonialen Straßennamen in Frankfurt beispielhaft zu erkennen gibt, dass Debatten um historische Straßenbezeichnungen ein Ausdruck von Selbstverständigungsdiskursen der Mehrheitsgesellschaft sind, die für eine postkoloniale Straßennamenpolitik nur begrenzt Spielraum lassen.

»Wenn auch hier kein Kongo fließt«

Im März 1933 ging die NSDAP nicht nur aus der Reichstagswahl, sondern auch aus den Frankfurter Kommunalwahlen als stärkste Partei hervor. Umgehend nutzte die Partei die gewonnene Macht, um das Erscheinungsbild deutscher Städte im Sinne ihrer Ideologie umzuprägen. Bereits im Mai leitete das Innenministerium umfangreiche Maßnahmen zur Umbenennung von Straßen und Plätzen ein. Mancherorts wurden ganze Straßenzüge nach Topoi der deutschen Kolonialgeschichte benannt und dadurch zu kolonialen Ensembles gruppiert. So auch in Frankfurt: Am 2. Mai nahm die Stadtverwaltung vier Umbenennungen zusammenhängender Straßen vor. Die neuen Namen verwiesen auf die deutsche Kolonialherrschaft in Afrika und Ozeanien – Lettow-Vorbeck-Straße, Neuguineaweg, Togoweg und Samoaweg. Außerdem wurde nach einem Hinweis der NSDAP-Gauleitung Groß-Berlin an den Frankfurter Oberbürgermeister, demzufolge die Künstlerin Käthe Kollwitz als Kommunistin einzustufen sei, im Oktober 1935 die Kollwitzstraße in Tangastraße umbenannt.[10]

9 Alexander Honold, Afrikanisches Viertel: Straßennamen als kolonialer Gedächtnisraum, in: Birthe Kundrus (Hg.), Phantasiereiche: Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus, Frankfurt a. M./New York 2003, S. 305–321, hier S. 317.

10 Vgl. »Lettow-Vorbeck-Straße«, »Neuguineaweg«, »Samoaweg«, »Togoweg«, in: Alte Straßennamen in Frankfurt am Main (Datenbank im Stadtvermessungsamt, Stadt Frankfurt am Main),

Im Unterschied zur nationalsozialistischen Umbenennungspraxis in anderen Städten trafen diese Maßnahmen keine als »jüdisch« oder »marxistisch« eingestuften Bezeichnungen (abgesehen von der Kollwitzstraße), sondern Straßen, die bis dato pragmatisch A-, B-, C-, D- und E-Straße hießen. Es handelte sich um die Zufahrtswege der Siedlung Westhausen im Stadtteil Praunheim – die keineswegs zufällig zum Objekt erinnerungspolitischer Bemächtigung wurde. Die Siedlung zählte zum »Neuen Frankfurt«, einem sozialen Wohnungsbauprogramm der 1920er Jahre im Stil der Neuen Sachlichkeit. Dem Nationalsozialismus galt die funktionale Ästhetik dieses und anderer Bauvorhaben der klassischen Moderne als »undeutsch«. Überdies galt Westhausen als eine Hochburg der politischen Linken, da die Siedlung, wie alle Bauten des »Neuen Frankfurt«, vorwiegend von Arbeiterfamilien bewohnt wurde. So zeigen Filmaufnahmen von 1932 zahlreiche Fahnen und Plakate der KPD, des sozialdemokratischen Reichsbanners und der »Antifaschistischen Aktion«, die Bewohner/innen von Siedlungen des »Neuen Frankfurt« anlässlich der Reichstagswahl im November aus ihren Fenstern gehängt hatten. Im Jahr 1933 wurden kommunistische und sozialdemokratische Bewohner/innen der Siedlung Westhausen von SA-Männern angegriffen und misshandelt; einige wurden vertrieben und ihre Wohnungen an Mitglieder der NSDAP übereignet.[11] Den Kolonialrevisionismus und damit ein propagandistisches Projekt der politischen Rechten in diesen Ort einzuschreiben, sollte und musste vor diesem Hintergrund als symbolischer Angriff verstanden werden: auf die politische Linke und ihre Stadt- und Wohnkonzepte, aber auch auf den demokratischen »Geist von Weimar« und die moderne Architektur.

Abgesehen von dieser lokalen Besonderheit folgten die Umbenennungen denselben Absichten und Logiken wie die nationalsozialistische Politik der Kolonialerinnerung in anderen Städten. Die »memoriale Aufrechterhaltung der […] Extensionen des früheren Reiches«, so Honold, sollte die angestrebte Wiederaneignung der verloren gegangenen Kolonien demonstrieren und im Alltagsbewusstsein verankern.[12] Die Namenswahl verwies im Frankfurter Fall dezidiert auf die imperiale Dimension der Kolonialgeschichte: Deutsch-Ostafrika, Neuguinea, Togo und Samoa waren frühere »Schutzgebiete«, Paul von Lettow-Vorbeck ein Offizier der kaiserlichen »Schutztruppe«, und Tanga eine Hafenstadt im früheren Deutsch-Ostafrika, in der deutsche Truppen 1914 einen britischen Angriff zurückgeschlagen hatten. Exotistische, etwa auf Landschaften bezugnehmende Elemente der Kolonialerinnerung, wie sie in anderen Städten durch Bezeichnungen wie Mohasistraße (Berlin, 1938), Safariweg (Hannover, 1965) oder Usambarastraße (Köln, 1990) bis heute präsent sind, spielten dagegen keine Rolle. In der Benennung der Lettow-Vorbeck-Straße zeigt sich darüber hinaus ein typisches, über den kolonialen Zusammenhang hinausweisendes

Abruf: 5.8.2010; o. Verf., Straßenbenennung, in: Sonderdruck aus dem Städtischen Anzeigenblatt 46 (15.11.1935); Aloys Molter, Vom Abtgäßchen bis zur Zwischenstraße: Die Benennung der Straßen, Plätze und Brücken in Frankfurt am Main, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 2008, S. 20; Winfried Speitkamp, Deutsche Kolonialgeschichte, Stuttgart 2005, S. 171.

11 Vgl. Rudolf Wagner, 50 Jahre Westhausen: Einwohner zeigen ihre Siedlung im Wandel von fünf Jahrzehnten. Ein Begleitheft zur gleichnamigen Ausstellung im Rothschildschen Palais im November 1983, Frankfurt a. M. 1983, S. 15; ders., Von der Waschküche zum Bürgertreff: Sechs Jahrzehnte Geschichte einer Siedlung am Rande der Großstadt. Ein Begleitheft zur Ausstellung 60 Jahre Westhausen, Frankfurt a. M. 1990, S. 14. Für die genannten Filmaufnahmen siehe Ella Bergmann-Michel, Wahlkampf 1932, in: Ella Bergmann-Michel, Dokumentarische Filme 1931–1933, Deutsches Filmmuseum 2006 (DVD).

12 Honold, Afrikanisches Viertel, S. 316 f.

Merkmal der nationalsozialistischen Erinnerungspolitik: Durch die symbolhafte Ehrerweisung gegenüber dem »Weltkriegshelden« demonstrierte die NSDAP ihren Schulterschluss mit der preußischen Tradition, eine Kontinuität der »alten Zeit« in die »neue Zeit«, die in der Propaganda der Partei eine wichtige Rolle einnahm.[13] Auch deshalb ist eine kleine Gruppe prominenter »Kolonialpioniere« des Kaiserreichs noch heute überproportional häufig auf Straßenschildern vertreten – neben Lettow-Vorbeck vor allem Carl Peters, Adolf Lüderitz, Hermann von Wissmann und Gustav Nachtigal –, wohingegen die Namen von Kolonialakteuren wie Gerhard Rohlfs oder Cesar Godeffroy, die eher mit einzelnen Staaten des Deutschen Bunds verbunden sind, vergleichsweise selten auftauchen.[14]

Reaktionen von Bewohner/innen der Siedlung auf die Umbenennungen sind kaum überliefert. Allein ein Lied, das bei Feiern in Westhausen oft gesungen worden sein soll – dessen Entstehungszeit aber unklar ist –, gibt einen Hinweis auf Aneignungsweisen vor Ort. Der Text lässt eine spöttische Distanz gegenüber der Absicht der Machthaber erkennen, ihren kolonialen »Verlustschmerz« mittels Straßenbenennungen zu kompensieren – insbesondere in der Zeile »als Ersatz für Afrika«:

Unser Wild-Westhausen
an der Nidda draußen
wohlbekannt in fern und nah
als Ersatz für Afrika
Wenn auch hier kein Kongo fließt
wenn auch keine Palme sprießt:
Wir sind lustige Leute
Wir feiern unsere Feste heute[15]

»… alles, was auch nur im entferntesten als Voraussetzung für Hitlers Emporkommen hätte dienen können«

Ein Befehl des Hauptquartiers der amerikanischen Streitkräfte, die Frankfurt im März 1945 eingenommen hatten, leitete am 23. Juli 1945 eine erste Welle von Straßenumbenennungen in der Stadt ein. Davon waren vorrangig Bezeichnungen nach Personen und Institutionen betroffen, die in einem unmittelbaren Zusammenhang zur nationalsozialistischen Herrschaft standen, etwa das »Hermann-Göring-Ufer« am Main oder der »Platz der SA« in der Innenstadt. Die kolonialen Straßennamen blieben von diesen Maßnahmen unberührt.[16] Doch bereits im September 1945 forderten die gerade wieder gegründeten Gliederungen der SPD und der KPD in Westhausen in einem gemeinsamen Schreiben an den von der Militärregierung eingesetzten Oberbürgermeister Kurt Blaum, die »unzeitgemässe Strassenbenennung der fast ausschliesslich von Arbeitern bewohnten Siedlung« zu ändern. Demnach sollten die kolonialen Straßennamen nach sozialdemokratischen, kommunistischen und anarchistischen Persönlichkeiten betitelt werden, darunter etwa Ernst Thälmann und Gustav Landauer. Ihr Vorbild solle der Bevölkerung »ein Mahnruf« sein, »auf den Trümmern

13 Vgl. Speitkamp, Deutsche Kolonialgeschichte, S. 166–172.
14 Vgl. die Dokumentation auf der Internetseite *freedom roads!*: <http://www.freedom-roads.de/frrd/akteur.htm> (letzter Zugriff: 19.1.2012).
15 Zit. n. Wagner, 50 Jahre Westhausen, S. 19.
16 Molter, Vom Abtgäßchen bis zur Zwischenstraße, S. 26.

der Naziherrschaft eine Zukunft aufzubauen, in der die menschliche Würde und der soziale Fortschritt erneut zur Geltung kommen.«[17] In Blaum, der kein Freund der linken Parteien war[18], fand die Initiative jedoch keinen Fürsprecher und hatte dann auch nur im Fall einer Straße Erfolg: Im April 1946 erhielt die Tangastraße ihren früheren Namen Kollwitzstraße zurück.[19]

Im Mai 1946 formulierte der Alliierte Kontrollrat eine planmäßige Umbenennungspolitik für das gesamte Besatzungsgebiet. In seiner Direktive Nr. 30 verfügte er unter anderem die Beseitigung aller Straßenschilder, »die darauf abzielen, die deutsche militärische Tradition zu bewahren.« Im Unterschied zur vorherigen Umbenennungspraxis der Alliierten blieb der Begriff der militärischen Tradition nicht auf Institutionen des NS-Staats beschränkt. Vielmehr wurde er ausdrücklich auf alle deutschen Kriegshandlungen ab 1914 und alle »Personen, Organisationen und Einrichtungen« bezogen, »die mit diesen Handlungen in unmittelbarem Zusammenhange stehen.«[20] In dieser Bestimmung der Umbenennungskriterien folgte der Kontrollrat den im Potsdamer Abkommen vereinbarten Grundlinien für eine demokratische Umgestaltung Deutschlands, die einen Bruch mit obrigkeitsstaatlichen und militaristischen Traditionen vorsahen. Die Formulierung der Maßgabe eröffnete allerdings Deutungsspielräume und Konfliktpotenziale, die die Debatte um die Umbenennung der kolonialen Straßennamen in Frankfurt prägen sollten: In welchen Fällen war der Bezug eines Straßennamens auf eine Kriegshandlung unmittelbar, und in welchen ließ er sich als indirekt verstehen?[21]

Mitte September berief der frisch gewählte Frankfurter Magistrat eine sechsköpfige Kommission ein, die auf der Grundlage der Anordnungen konkrete Umbenennungsvorschläge erarbeiten sollte. Sie setzte sich aus je einem Vertreter von SPD und CDU – den einzigen Fraktionen der im Mai gewählten Stadtverordnetenversammlung –, des Kulturamts, des Statistischen Amts und des Vermessungsamts zusammen. Außerdem berief der

17 Zit. n. Wagner, 50 Jahre Westhausen, S. 18.

18 Vgl. Bettina Tüffers, Von der Römerkoalition zur Parteienkonkurrenz: Geschichte der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung Band IV, 1946–1989, Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission XXIV, Frankfurt a. M. 2011, S. 36.

19 Vgl. Bekanntmachung: Straßenumbenennungen, in: Sonderdruck aus den Mitteilungen der Stadtverwaltung Frankfurt am Main 16 (15.4.1946).

20 Ruth Hemken (Hg.), Sammlung der vom Alliierten Kontrollrat und der Amerikanischen Militärregierung erlassenen Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Befehle, Direktiven. Im englischen Wortlaut mit deutscher Übersetzung, Bd. 2, Stuttgart 1946, hier K Directive Nr. 30.

21 Zumindest im Fall der Lettow-Vorbeck-Straße ließen die Umbenennungsvorgaben keinen Auslegungsspielraum. Es konnte kein ernsthafter Zweifel daran bestehen, dass sich Straßenbenennungen nach Paul von Lettow-Vorbeck auf Kriegshandlungen nach 1914 bezogen, namentlich auf sein Wirken als Kommandeur der »Schutztruppe« während des Ersten Weltkriegs in Ostafrika. Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich – und womöglich als Rechtsbruch zu bewerten –, dass Städte wie Saarlouis, Hannover oder Wuppertal ihre »Lettow-Vorbeck-Straßen« nach 1946 beibehielten. In Mönchengladbach, Kaiserslautern und einigen kleineren Städten existieren auch heute noch Straßen, die nach Lettow-Vorbeck benannt sind – obgleich der Generalmajor erwiesenermaßen an schweren Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverstößen federführend beteiligt war. Vgl. Helmut Bley, Gutachten über Paul von Lettow-Vorbeck, in: Hannoversche Geschichtsblätter 62 (2008); Eckard Michels, »Der Held von Deutsch-Ostafrika«: Paul von Lettow-Vorbeck. Ein preußischer Kolonialoffizier, Paderborn 2008; Uwe Schulte-Varendorff, Kolonialheld für Kaiser und Führer: General Lettow-Vorbeck – Mythos und Wirklichkeit, Berlin 2006.

Magistrat Heinrich Voelcker als Sachverständigen in das Gremium. Als Wirtschaftshistoriker hatte Voelcker an der Goethe-Universität zur Geschichte der Stadt Frankfurt und ihrer Straßennamen geforscht, bis ihm die nationalsozialistische Universitätsführung 1936 die Lehrbefugnis entzog.[22] Wenige Wochen nach der Einrichtung der Kommission ging bei Oberbürgermeister Walter Kolb (SPD) ein Erlass des Kultusministeriums mit Ausführungsbestimmungen für die Direktive Nr. 30 ein. Darin betonte das Ministerium, dass ein militaristischer Charakter nicht nur in einem konkreten Symbol, sondern auch in einer »Gesamthaltung« zum Ausdruck kommen könne, die sich aus der Zusammenstellung von Straßennamen, Gedenktafeln, Statuen und anderen »Erinnerungszeichen« ergeben könne.[23]

Die kolonialen Straßennamen waren bereits in der ersten Kommissionssitzung im Januar 1947 ein Thema: Für die SPD beantragte der Stadtverordnete Karl Oettinger die Umbenennung der Straßen in der Siedlung Westhausen im Sinne der Initiative von SPD und KPD vom September 1945. Als in der Debatte um die »monarchistischen Bezeichnungen« in Frankfurt ein grundsätzlicher Konflikt über die Auslegung der Umbenennungsvorgaben deutlich wurde, vertagte die Kommission den Antrag. Da die Beschlüsse der Kommission letztlich der Zustimmung durch die Stadtverordnetenversammlung bedurften, erschien es ratsam, zunächst ein Meinungsbild aus den Fraktionen einzuholen.[24] Bis zur zweiten Kommissionssitzung gelang es allerdings nicht, einen fraktionsübergreifenden Konsens herbeizuführen, obgleich diese erst im Mai stattfand. Nach einer »grundsätzlichen Aussprache« und Beratungen über die kolonialen Straßennamen in der Siedlung Westhausen vertagte sich das Gremium erneut. Zuvor einigte es sich allerdings darauf, dass die kolonialen Straßennamen nicht nach sozialdemokratischen und kommunistischen Politiker/innen, sondern nach Akteur/innen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus benannt werden sollten.[25]

In der dritten und letzten Sitzung der Kommission im Juni brach der Konflikt um die »monarchistischen Bezeichnungen« offen aus. Die SPD verortete die Ursprünge des deutschen Militarismus im preußischen Geist des 19. Jahrhunderts. Daher strebte sie auch die Umbenennung von Straßen an, die etwa auf die preußischen Befreiungskriege von 1813 bis 1815 oder den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 Bezug nahmen – darunter die »Blücherstraße«, die »Gneisenaustraße« und die »Kaiserstraße«. Die CDU sperrte sich indes gegen Umbenennungen, die über den vom Kontrollrat vorgegebenen Mindestrahmen hinausgingen. Namenspatrone aus Preußen oder dem Kaiserreich sollten nach ihrer Überzeugung im Frankfurter Stadtbild erhalten bleiben – mit Ausnahme Otto von Bismarcks,

22 Vgl. »Magistrats-Beschluß auf Bericht des Vermessungsamtes vom 17.9.1946 – 646/46 –, Bildung einer Strassenbenennungs-Komission betreffend.« Institut für Stadtgeschichte, Magistratsakten Nr. 6.295; Heinrich Voelcker, Die Altstadt in Frankfurt am Main innerhalb der Hohenstaufenmauer, Frankfurt a. M. 1937, S. 19–27; vgl. zu Heinrich Voelcker: Jürgen Steen. Die »Säuberung« der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität, in: Frankfurt am Main 1933–1945, 2003, <http://www.ffmhist.de/ffm33–45/portal01/portal01.php?ziel=t_hm_uniwisosaeuberung> (Abruf: 18.1.2012).

23 Vgl. »Großhessisches Staatsministerium für Kultur und Unterricht an die Landräte und Oberbürgermeister der kreisfreien Städte, 21.10.1946.« Institut für Stadtgeschichte, Magistratsakten Nr. 6.295, Bl. 66.

24 Vgl. »Niederschrift über die Sitzung der Strassenumbenennungs-Kommission am 23.1.1947.« Institut für Stadtgeschichte, Magistratsakten Nr. 6.295, Bl. 68–71.

25 Vgl. »Niederschrift über die Sitzung der Strassenumbenennungs-Kommission am 12. Mai 1947, 12.00 Uhr.« Institut für Stadtgeschichte, Magistratsakten Nr. 6.295, Bl. 74–75.

den der CDU-Stadtverordnete Heinrich Flettner als einen »Vorkämpfer des Nationalsozialismus« bezeichnete. Baudezernent Adolf Miersch unterstützte das Minimalprinzip der CDU mit einem Verweis auf entstehende Kosten und plädierte dafür, von »nicht dringend gebotenen« Umbenennungen Abstand zu nehmen. Für das Kulturamt ergriff der Leiter des Stadtarchivs, Hermann Meinert, Partei für die Position der SPD, indem er darauf hinwies, dass die preußischen Namenspatrone in keiner Beziehung zu Frankfurt stünden. Da die Kommission keinen Konsens erzielen konnte, kam es schließlich zur Einzelabstimmung über alle 38 Umbenennungsvorschläge. Die Umbenennung der kolonialen Straßennamen wurde dabei einstimmig angenommen.[26]

Die Stadtverordnetenversammlung diskutierte die Empfehlungen der Kommission im September 1947. Erneut kam es zu einer »lebhaften Aussprache«, wie die *Frankfurter Neue Presse* berichtete, die sich an der von der Kommission befürworteten Umbenennung der »Kaiserstraße« entzündete. Vor allem Stadtverordnete der CDU sprachen sich gegen dieses Vorhaben aus, wohingegen Vertreter/innen der SPD sich in der Verpflichtung sahen, »alles, was auch nur im entferntesten als Voraussetzung für Hitlers Emporkommen hätte dienen können«, aus dem Stadtbild zu entfernen. Letztlich nahm die Stadtverordnetenversammlung die Vorlage der Kommission mehrheitlich an und änderte die verbliebenen kolonialen Straßenbezeichnungen wie folgt: Der »Neuguineaweg« erhielt den Namen »Geschwister-Scholl-Straße«. Die »Lettow-Vorbeck-Straße«, der »Samoaweg« und der »Togoweg« wurden nach lokalen, im Widerstand gegen den Nationalsozialismus aktiven Akteur/innen in »Stephan-Heise-Straße«, »Johanna-Kirchner-Straße« und »Egestraße« umbenannt.[27]

»Wir sind nicht der Meinung, daß es einen Samoaweg geben muß«

Die Frankfurter Öffentlichkeit diskutierte in der Zeit des Umbenennungsvorgangs vor allem über die Lage der Lebensmittelversorgung, denn die Vorräte waren knapp und der katastrophale Hungerwinter des Vorjahrs war in der noch immer stark zerstörten Stadt in lebhafter Erinnerung. Dass die Straßenumbenennungen ein nachrangiges Thema waren, heißt aber nicht, dass sie wenig kontrovers gewesen wären. Welche Bedeutung der Frage tatsächlich zugemessen wurde, lässt sich allerdings nur indizienhaft ermitteln.

Es ist ein Anzeichen für die Schärfe, mit der über die Umbenennungen gestritten wurde, dass sich die parlamentarische und außerparlamentarische Opposition unmittelbar nach dem Beschluss mit herber Kritik an die Presse wandte. Die LDP – die wichtigste Vorgängerpartei der späteren FDP – unternahm sogar einen (erfolglosen) Versuch, den Beschluss durch das Innenministerium aufheben zu lassen. In den Umbenennungen sah sie »eine Verleugnung der deutschen Vergangenheit und eine Schädigung der Demokratie in den Kreisen, die zum Aufbau benötigt werden.«[28] Diesen Standpunkt machte sich auch die CDU zu Eigen und führte außerdem an: »Wir haben kein Verständnis dafür, in der heutigen Zeit erhebliche Geldsummen und Arbeitskräfte an Aufgaben zu verschwenden, die nicht der

26 Vgl. »Niederschrift über die Sitzung der Strassenumbenennungs-Kommission am 16. Juni 1947, 15.00 Uhr.« Institut für Stadtgeschichte, Magistratsakten Nr. 6.295, Bl. 76–78.

27 Vgl. Neue Straßennamen und Kartoffelversorgung, in: Frankfurter Neue Presse, 12.9.1947; »Protokoll-Auszug der Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Frankfurt am Main, 11.9.1947.« Institut für Stadtgeschichte, Magistratsakten Nr. 6.295, Bl. 92–94.

28 LDP gegen Umbenennung, in: Frankfurter Rundschau, 23.9.1947.

Steuerung der Not dienen.«[29] Auch die KPD übte Kritik an den Umbenennungen, weil keiner der von ihr vorgeschlagenen Namenspatrone berücksichtigt worden war.[30]

Die beiden Frankfurter Zeitungen berichteten ausführlicher über die Umbenennungen, als es bei lokalen Themen üblich war, enthielten sich aber zunächst eines Kommentars.[31] Nach einigen Tagen, in denen sie zahlreiche Zuschriften zu dem Thema erhalten hatte, sah sich die *Frankfurter Neue Presse* schließlich zu einer Erklärung veranlasst. Auf den Tenor der meisten Briefe, »hatten die Stadtverordneten keine anderen Sorgen?«, entgegnete der redaktionelle Kommentar:

> *»Wir sind nicht der Meinung, daß es einen Samoaweg geben muß, der empfängliche Gemüter zu Ressentiments herausfordert* […]. *Wir beugen uns dagegen vor jener Haltung, die erschütternd aus den Zeilen der Frankfurter Mutter Johanna Kirchner spricht: ›Ich bin ganz ruhig und tapfer, seid Ihr es auch!‹, geschrieben ein paar Minuten, ehe sie wegen ihrer konsequenten politischen Haltung hingerichtet wurde. Wir sind der Ansicht, daß Stadtverordnete sich sehr wohl um die Kartoffelversorgung für einen schlimmen Winter sorgen können, ohne darüber die Sorge für eine menschliche Erziehung der Kinder aus den Augen zu verlieren. Es geht darum, ob sich noch einmal eine Generation in einen Krieg hineinpeitschen läßt.«*[32]

Die Erklärung zeigt, dass die kolonialen Straßennamen durchaus über das politische Spektrum von SPD und KPD hinaus als Elemente der nationalsozialistischen Ideologie verstanden wurden – immerhin stand die *Frankfurter Neue Presse* prinzipiell für eine konservative Linie. Auch ein Artikel der US-Streitkräftezeitung *Stars and Stripes* mag darauf hindeuten, dass die Kritik von CDU und LDP nicht einhellig »Volkes Stimme« widerspiegelte: Dass die Straßenumbenennungen zu weit gingen, sei zwar die Ansicht mancher Leserbriefschreiber, aber nicht unbedingt die der Briefträger, heißt es dort.[33]

Gleichwohl sahen sich die Stadtoberen offensichtlich einem Rechtfertigungsdruck ausgesetzt. Am 10. Oktober besuchte Oberbürgermeister Kolb die Siedlung Westhausen, um die Notwendigkeit der Umbenennungen zu erklären. Die Bewerbung der Veranstaltung durch die SPD, die auf Plakaten die Möglichkeit einer »freien Aussprache« über die Frage: »Warum jetzt Straßenumbenennung? Haben wir keine anderen Sorgen?« ankündigte, deutet darauf hin, dass das Thema weiterhin kontrovers diskutiert wurde.[34] Strittiger als die Umbenennung der kolonialen Straßennamen war aber der Fall der Kaiserstraße: Sie wurde 1947 in »Friedrich-Ebert-Straße« umbenannt, erhielt jedoch 1955 ihren alten Namen zurück, nachdem die neue Bezeichnung in der Bevölkerung nur auf geringe Akzeptanz gestoßen war.[35]

29 Die Straßenumbenennung, in: Frankfurter Neue Presse, 8.10.1947.
30 Vgl. Die Frankfurter Straßen-Umbenennungen, in: Frankfurter Neue Presse, 15.9.1947; Eingaben der KPD, in: Frankfurter Rundschau, 2.10.1947.
31 Vgl. Neue Straßennamen und Kartoffelversorgung, in: Frankfurter Neue Presse, 12.9.1947; Die neuen Straßennamen, in: Frankfurter Rundschau, 13.9.1947.
32 Straßennamen, in: Frankfurter Neue Presse, 17.9.1947.
33 Vgl. »Militaristische Strassennamen sollen aus Frankfurt verschwinden: Übersetzung aus ›Stars and Stripes‹ vom 19.9.47.« Institut für Stadtgeschichte, Magistratsakten Nr. 6.295, Bl. 60.
34 Vgl. Wagner, 50 Jahre Westhausen, S. 19.
35 Siehe zum Streit um die Kaiserstraße etwa Josef Marein, Frankfurter Merkwürdigkeiten, in: Die Zeit, 9.2.1950.

Fallstricke postkolonialer Straßennamenpolitik

Die kurze Geschichte der kolonialen Straßennamen in Frankfurt zeigt beispielhaft, wie jeweils vorherrschende Selbstverständigungsdiskurse der Mehrheitsgesellschaft Auseinandersetzungen um historische Straßenbezeichnungen prägen. Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hat sich 1947 für die Umbenennung der kolonialen Straßennamen entschieden, weil sie die Glorifizierung der Geschichte deutscher Kolonialherrschaft denjenigen ideologischen Strömungen zugerechnet hat, die die nationalsozialistische Herrschaft begründeten. Der Vorgang war Teil der politischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus, die dem Erinnern an die deutsche Kolonialherrschaft in Afrika und Ozeanien lediglich eine metonymische Funktion zuerkannte. Bereits bei der Vergabe der Straßennamen zwischen 1933 und 1935 diente die Kolonialvergangenheit offenkundig als Projektionsfläche einer nationalen, erkennbar auf die Gegenwart gerichteten Identitätsstiftung. Namen wie Samoa oder Tanga meinten auf Straßenschildern für die einen deutsche Größe und für die anderen deutschen Größenwahn, nie aber Samoa oder Tanga.

Welche Schlüsse lassen sich aus dieser Beobachtung im Hinblick auf aktuelle Umbenennungsdebatten ziehen? Grundsätzlich können Forderungen nach Umbenennungen durchaus wirkungsvolle Impulse sein, um kultur- bzw. erinnerungspolitische Veränderungen anzuregen, auch im Hinblick auf den Umgang mit der Kolonialgeschichte. Immerhin erhitzte die Frankfurter Auseinandersetzung selbst unter den Bedingungen akuter Lebensmittelknappheit und großer Wohnungsnot einige Gemüter. Es ist wohl vor allem die vermeintliche Objektivierung ihrer erinnerungspolitischen Botschaften – das Signalisieren einer selbstverständlichen Akzeptanz –, die Straßennamen immer wieder zum Gegenstand kontroverser Diskussionen werden lässt. Schließlich betten Straßenschilder solche Botschaften in ihrer Funktion als topografische Orientierungswerkzeuge beiläufig in den Alltag ein, anstatt eigens für diesen Zweck zu existieren. Ein Denkmal exponiert seinen politischen Gehalt ostentativ, ein Straßenname offenbart ihn gewissermaßen nebenbei – und provoziert gerade dadurch den Widerspruch derjenigen, die eine Verschiebung eines (vermeintlichen) erinnerungspolitischen Konsenses argwöhnen.

Angesichts der Vermengung von Lokalpolitik mit größeren, nicht selten ideologisch aufgeladenen Diskursen lassen sich Straßenumbenennungen in Deutschland oft nur schwer durchsetzen – daran hat sich seit dem Frankfurter Fall wenig geändert. Sowohl im Verlauf als auch im Ergebnis eines Namensstreits spiegeln sich Selbstverständigungsprozesse der Mehrheitsgesellschaft, die das Potenzial einer Umbenennung als erinnerungspolitisches Instrument eng umgrenzen. Ein kontroverser Namensvorschlag übersteht den Weg durch die kommunalpolitischen Mühlen kaum. Dementsprechend hat die Historikerin Birgit Nemec im Hinblick auf die Geschichte der Straßennamen Wiens angemerkt:

> *»Vergangenheitspolitische Prozesse wie Straßenbenennungen sind darauf ausgelegt ein herrschendes Regime zu bestätigen* […]. *Brüche werden in diesem – häufig als ahistorisch und unpolitisch empfundenen Medium – daher zumeist ausgeblendet.* […] *Benennungen und Umbenennungen im öffentlichen Raum können* […] *als explizite Werkzeuge der Nationsbildung verstanden werden. Das Bild der Vergangenheit, wie es in Straßennamen konstruiert wird* […], *unterscheidet sich jedoch vom Vergangenheitsbild der Geschichtsbücher, da es im Normalfall keine Anti-Heldinnen und Anti-Helden enthält.«*[36]

36 Birgit Nemec, Die Politik der Wiener Straßennamen, in: Gedenkdienst 2/2010, S. 3.

Spätestens in dem Moment, in dem sich ein Namensvorschlag für eine Straße durchsetzt, wird er ein Element hegemonialer Gedenkkultur und büßt seine Bedeutung für eine Gegenkultur des Widerspruchs ganz oder zumindest teilweise ein. Ein Name, der vermeintliche Gewissheiten zu irritieren, politische Beunruhigung auszulösen und disparate Erzählungen aufzurufen vermag, verliert diese Kraft weitgehend, sobald er mittels eines Straßenschilds in alltägliche Gewohnheit übersetzt wird. So gesehen markiert eine Straßen(um)benennung weniger einen Anstoß als einen Abschluss einer erinnerungspolitischen Kontroverse.

Daraus folgt nicht notwendig ein Argument gegen Umbenennungen oder gar für die Beibehaltung kolonialer Straßennamen. Allerdings sollten diejenigen, die heute für die Umbenennung solcher Straßennamen nach Akteuren des antikolonialen Widerstands eintreten, von der Politik des Straßenschilds nichts erwarten, was sie nicht leisten kann. Erinnern, so hat es Chris Marker in seinem berühmten Filmessay *Sans Soleil* formuliert, ist immer auch ein Neuschreiben des Erinnerten. Solche Neuschreibungen setzen das Vergangene entsprechend der Bedingungen des Gegenwärtigen stets neu zusammen – in den Worten des Historikers Greg Dening: »They refer to a past in making a present.«[37] Das Erinnern an Verdrängtes und Vergessenes allein schafft noch kein kritisches Bewusstsein, so hat es die Pädagogin Astrid Messerschmidt im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus angemerkt, »denn auch dieser historische Gegenstand kann vereinnahmt werden für ein Selbstbild, das sich im Kontrast zu einer verbrecherischen Geschichte seines eigenen Aufgeklärtseins versichert und Geschichte historistisch abschließt.«[38]

Hinsichtlich des Erinnerns in Deutschland an koloniale Herrschaft wirft diese Beobachtung die Frage auf, in was für eine Gegenwart ein kolonialkritisches Erinnern eingeschrieben werden und wie es auf aktuelle Fragen Bezug nehmen soll. Schließlich kann Erinnerung auch, so Messerschmidt, einer »Selbstbestätigung dienen über das eigene moralisch gefestigte Geschichtsbewusstsein oder über einen nationalkollektiven Konsens der Aufarbeitung.«[39] Birgt eine Hendrik-Witbooi-Straße in Berlin nicht auch die Gefahr, dass sich die frühere Kolonialmacht ihres einstigen Opfers erneut bemächtigt, indem sie memorativ Besitz von ihm ergreift und sich dadurch aufs Neue als ein Zentrum von Fortschritt inszeniert? Oder: Wäre es im Sinne Walter Rodneys oder Patrice Lumumbas, in die große nationale Erzählung einer früheren Kolonialmacht eingeschrieben zu werden, die noch heute von den im Kolonialismus herausgebildeten Macht- und Wohlstandsgefällen profitiert?

37 Greg Dening, A Poetic for Histories: Transformations That Present the Past, in: Aletta Biersack (Hg.), Clio in Oceania: Toward a Historical Anthropology, Washington 1991, S. 347–380, hier S. 349.

38 Astrid Messerschmidt, Geschichtsbeziehungen in Bewegung: Erinnerungsbildung in postnationalsozialistischen Migrationsgesellschaften, in: Bildpunkt 1/2011, <http://www.igbildendekunst.at/bildpunkt/2011/smrt-postnazismus/messerschmidt.htm> (letzter Zugriff: 19.1.2012).

39 Ebd.